



Regierungsratsbeschluss vom 19. September 2023

Eidgenössisches Departement des Innern EDI; Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV); Vernehmlassung

P230913

1. Der Regierungsrat genehmigt den vorgelegten Briefentwurf an das Eidgenössische Departement des Innern (EDI).

Begründung

Das Parlament hat am 30. September 2022 das Bundesgesetz über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVG) verabschiedet. Mit dem neuen Gesetz sollen Minderjährige von Medieninhalten in Filmen und Videospielen geschützt werden. Es geht namentlich um Darstellungen von Gewalt, Sexualität und bedrohlichen Szenen. Schweizweit werden alle Kinos, Detailhändler, Online-Versandhändler und Abrufdienste zu Alterskennzeichnungen und -kontrollen verpflichtet. Im Kanton Basel-Stadt setzt heute die Medienkommission die Altersfreigabe für Kinofilme fest. Mit dem neuen Gesetz übernehmen die Kantone die Aufsicht über die Einhaltung der neuen Bestimmungen durch die Kinobetreiber und Detailhändler in ihren Kantonen. Dies soll über Testkäufe geschehen. Die nun durch den Bundesrat vorgelegte Verordnung über den Jugendschutz in den Bereichen Film und Videospiele (JSFVV) präzisiert die Umsetzung des neuen Gesetzes. Der Regierungsrat befürwortet grundsätzlich die Vorgaben des neuen Gesetzes, kritisiert in seiner Stellungnahme jedoch die in der Verordnung vorgeschlagene Aufgabenteilung zwischen Kanton und Bund.

